

553

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 12. Dezember 1972

Blatt 3072

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte: Krankenschwestern von den Philippinen  
Kulturbudget 1973: Schutzzonen, Naturschutz, Schulen und Sport  
In zehn Jahren fast 100.000 Wohnungen mehr
- Lokal: Seuchenteppiche in St. Marx
- Sport: Wiener Landessportbeirat nominiert

Während der Budgetdebatte:

Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:Krankenschwestern von den Philippinen

=====

Wien, 12.12. (RK) Die Stadtverwaltung bemüht sich zur Zeit, neben einer größeren Zahl jugoslawischer Krankenschwestern auch Schwestern von den Philippinen anzuwerben. Dies kündigte Vizebürgermeister Hans B o c k als Berichterstatter der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, in seinem Referat an. Die Stadtverwaltung hoffe ferner, daß durch das in Aussicht gestellte neue Krankenpflegegesetz, das die Attraktivität dieses Berufes erhöhe, im kommenden Jahr noch mehr Bewerberinnen als bisher für die städtischen Krankenpflegeschulen zu gewinnen sein werden.

Vizebürgermeister Bock kündigte weiter die Ausschreibung aller Diensposten in der Stadtverwaltung an. Eine Vereinbarung darüber sei vor kurzem mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zustandegekommen. Die in der Vereinbarung festgesetzte Vorgangsweise werde der Objektivität bei der Besetzung von Diensposten noch näher als bisher kommen. Sicher werde es problematische Situationen geben, die das neue System in Frage stellen. Es sei jedoch gewiß, daß die Ausschreibung der Diensposten dem demokratischen Prinzip näher stehen als die bisherige Form der Dienspostenbesetzung.

Bei den Stadtwerken werde es im Jahre 1973 16.933 aktive Bedienstete geben. Gegenüber 1972 ist dies eine Verminderung um 348 Diensposten. Die Personalkosten werden 2.060,5 Millionen Schilling betragen. In der Hoheitsverwaltung sind für das kommende Jahr 38.553 Diensposten vorgesehen, das sind um 483 Bedienstete mehr als 1972. Die Personalkosten in diesem Bereich werden voraussichtlich 7.080,1 Millionen betragen. Die Stadt Wien wird daher insgesamt im Jahre 1973 55.486 Personen beschäftigen. Das sind um 135 mehr als 1972. Der finanzielle Gesamtaufwand für das Personal werde für 1973 daher 9.140,6 Millionen betragen.

Die Personalsituation bei der Stadt Wien sei in diesem Jahr sehr prekär gewesen. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte allerdings schon im nächsten Jahr eintreten, meinte Vizebürgermeister Bock.

Zur Beschäftigung von ausländischen Gastarbeitern: Allein bei der Stadtverwaltung arbeiten derzeit rund 2.800 ausländische Arbeitnehmer.

Zur Entlohnung der Gemeindebediensteten: Von September 1968 bis Dezember 1972 hätten sich die Bezüge wesentlich erhöht. Die Lebenshaltungskosten seien in diesem Zeitraum um 21,1 Prozent gestiegen, die Gehälter und Löhne der Bediensteten um durchschnittlich 45 Prozent.

Zur Ausbildung und Fortbildung der Beamten: Bock stellte eine Generalreform in Aussicht. Mit der Modernisierung werde bereits 1973 begonnen werden.

Im Zusammenhang mit einer eventuell möglichen geänderten Form der Budgetdebatte im Gemeinderat vertrat Vizebürgermeister Bock die Ansicht, dass eine Änderung des Gesetzes nicht sehr zielführend sei. Die Budgetdebatte könne seiner Meinung auch ohne gesetzliche Änderung so gestaltet werden wie sie den Vorstellungen der Kritiker und Reformer entspricht. Man müsse sich in der Spezialdebatte nicht unbedingt in allzu viele Einzelheiten verlieren. Man könne auch hier beim Grundsätzlichen bleiben und in den Debattenbeiträgen trotzdem auf den Bericht des Berichterstatters eingehen. Nicht die Zahl der Anträge und die Fülle der Themen seien das Entscheidende, sondern die geistige Auseinandersetzung, die Konfrontation der Meinungen zu grundsätzlichen Fragen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Schutzzone, Naturschutz, Schulen und Sport

=====

Kulturbudget 1973

Wien, 12.12. (RK) Altstadterhaltung, Naturschutz und die Kritik an Wien waren die Hauptthemen der Rede, mit der Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner Dienstag das Budget der Verwaltungsgruppe III dem Wiener Gemeinderat zur Zustimmung empfahl. Im kommenden Jahr sei die Festlegung von Schutzzone in den Bereichen Innere Stadt, Spittelberg, Heumarkt, Khleslplatz, Grinzing, Stammersdorf und Ulrichsplatz vorgesehen. Diese Lösung finde bereits jetzt im In- und Ausland reges Interesse.

Die Gemeinde bemühe sich um die Erhaltung, Erweiterung und Sicherung des Wald- und Wiesengürtels. Andererseits gefährdeten manche Wiener das natürliche Erholungsgebiet durch Beschädigung und Verschmutzung. Sie habe daher, erklärte Frau Fröhlich-Sandner, Weisung gegeben, "eine Novellierung des Naturschutzgesetzes vorzunehmen, um eine massive Erhöhung der Strafsätze sicherzustellen". Der im Naturschutzgesetz vorgesehene Naturschutzbeirat werde 1973 seine Arbeit aufnehmen.

Die Rednerin widmete sich sehr eingehend der Kritik an Wien: Sie bekenne sich zur Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kritik, nicht aber zu jener Spielart, die nur "die bessere Schlagzeile" suche. Wenn beispielsweise von Wien als dem "Greisenasyl Europas" gesprochen werde, dann liege doch die Kehrseite der Behauptung in der ständig steigenden Lebenserwartung der Bürger dieser Stadt. Und wenn die Behauptung auftauche, Wien sei von völliger kultureller Stagnation bedroht und lasse den Künstlern nur die Alternative "Selbstmord oder Emigration", so sei zu vermerken, daß in den Finanzbüchern des Magistrats viele Künstler verzeichnet seien, die es seither zu Ansehen und Ruhm gebracht hätten.

Insgesamt solle "unser Bemühen dazu beitragen, daß ein Selbstverständnis über die kulturelle Funktion unserer Stadt in Gegenwart und Zukunft zum integrierenden Bestandteil des Bewußtseins jedes Wieners und Österreicherers wird". Schon Perikles habe im Jahre 430 vor Christus festgestellt, wer an den Dingen seiner Stadt keinen Anteil nehme, sei kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.

Zur Schulpolitik erklärte Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, daß dafür im kommenden Jahr fast 2 Milliarden Schilling zur Verfügung stünden. Als Bilanz der letzten zehn Jahre sei die stolze Zahl von 45 Schulneubauten mit 747 neuen Schulklassen festzuhalten.

Zur Erwachsenenbildung stellte die Rednerin fest, daß eine Reform der Wiener Volkshochschulen notwendig sein werde, und zwar nicht vom Inhalt her, sondern auf organisatorischem Gebiet. An Volkshochschulen und Häusern der Begegnung stünden derzeit 21 Häuser zur Verfügung, 6 weitere seien im Bau: Für das kommende Jahr sei mit der Fertigstellung des Hauses der Begegnung Donaustadt zu rechnen, mit dem Rohbau in der Großfeldsiedlung und in Hietzing.

Die Vorhaben der Erwachsenenbildung seien ebenso auf die steigende Freizeit abgestimmt, wie die Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports: 133,5 Millionen stünden für sportliche Aufgaben im kommenden Jahr zur Verfügung, zusammen mit dem Bau des Stadthallenbades und anderer Bäder sogar 256 Millionen. Dies trage dazu bei, daß sich Wien immer mehr zu einem international beliebten Sportzentrum entwickle.

Insgesamt gelte für die Kulturarbeit die Maxime, kulturelle Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen, das vertraute Landschafts- und Stadtbild zu bewahren und dafür zu sorgen, daß die Leistungen der Gegenwart auch in der Zukunft Bestand hätten. Wenn eine Stadt die freie schöpferische Entfaltung ihres Bürgers in den Mittelpunkt kommunaler Bemühungen stelle, dann nähere sie sich am ehesten jenem Ziel, das man mit dem Satz umschreiben könne: "Jeder soll die Chance haben, glücklich zu sein."

...  
Abschließend würdigte Frau Fröhlich-Sandner die Steigerungsraten in der Dotierung ihres Ressorts: insgesamt seien die Aufwendungen für die Verwaltungsgruppe III gegenüber dem Vorjahr um 40 % gestiegen, für rein kulturelle Vorhaben um 35 %.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

l o k a l :

=====

## seuchenteppiche in st. marx

6 wien, 12.12. (rk) montag nachmittag verfuegte veterinaer-  
amtsdirektor dr. hermann s w o b o d a die auflegung von  
seuchenteppichen an den toren der schlachthoefe und an allen  
einfahrten des fleischzentrums st. marx. auf diese weise soll  
verhindert werden, dass die maul- und klauenseuche weder durch  
tiere, noch durch autos oder durch menschen in st. marx einge-  
schleppt werden kann. (es handelt sich dabei um zweiprozentige  
natronlauge, die auf saegespaene gespritzt wird.)

im uebrigen gelten in st. marx staendig - auch wenn kein  
suechenalarm besteht - gewisse sondermassnahmen. dazu gehoeren  
unter anderem regelmaessige stallkontrollen. das veterinaeramt  
steht bei allen massnahmen gegen die maul- und klauenseuche in  
dauerndem einvernehmen mit dem bundesministerium fuer gesundheit  
und umweltschutz.

1253

k o m m u n a l :

=====

in zehn jahren fast 100.000 wohnungen mehr

3 wien, 12.12. (rk) am tag der volkszaehlung, dem 12. mai 1971, gab es in wien 773.400 wohnungen. das sind um 97.600 oder 14,4 prozent mehr als zehn jahre vorher. diese angaben sind im soeben veroeffentlichten heft 3/1972 der ''mitteilungen aus statistik und verwaltung der stadt wien'' enthalten.

in diesen zehn jahren wurden in wien 121.400 wohnungen fertiggestellt. gleichzeitig wurde bei der baupolizei der abgang von 18.000 wohnungen registriert. zur nettozunahme von 97.600 wohnungen bleibt noch eine differenz von 5.800 wohnungen. sie sind vermutlich in buero- oder lagerraeume umgewandelt oder mit einer anderen wohnung zusammengelegt worden.

nur in den bezirken 1, 6, 7 und 15 ist die zahl der wohnungen kleiner geworden, in allen anderen bezirken ist sie gestiegen. die staerkste zuwachsrates gab es im 23. bezirk mit mehr als 61 prozent, gefolgt vom 22. bezirk mit 58 prozent. zuwachsrates von mehr als 30 prozent gab es im 21. und 11. bezirk, von mehr als 25 prozent im 10 und 13. bezirk.

der bevoelkerungsmaessig groesste wiener bezirk, favoriten, hat naturgemaess auch die meisten wohnungen, naemlich 71.800 (gegenueber 55.300 vor zehn jahren). in ottakring gibt es 54.100 wohnungen, auf der landstrasse 50.100, in der leopoldstadt 47.500. die wenigsten wohnungen haben die innere stadt mit 12.600 und die josefstadt mit 14.800.

0920

s p o r t :

=====

## wiener Landessportbeirat nominiert

4 wien, 12.12. (rk) nach dem im sommer dieses jahres beschlossenen wiener Landessportgesetz wird ein Landessportbeirat gebildet, dem mitglieder des wiener gemeinderats, des stadtschulrats sowie der sportverbaende askoe, asvoe, union und der fussballverband angehoren. die wiener Landesregierung hat nunmehr in ihrer sitzung am dienstag unter dem vorsitz von Landeshauptmann felix s l a v i k folgende personen zu mitgliedern des Landessportrates nominiert:

die gemeindefraete herbert mayr, dr. rudolf mueller und professor markus bittner, als vertreter des magistrats und des stadtschulrats dr. matzke und prof. heinrich foehrmann und als vertreter der sportverbaende erwin lanc und dr. josef simecek (beide askoe), hans hanauska und walter leseck (asvoe), viktor plaschka und felix vrchoticky (union) und franz horr (fussballverband). folgende personen wurden als ersatzmitglieder nominiert: franz kraus, karl neidl, dr. heinrich uebleis, dipl.-ing. hans wimmer, dr. alfred pribil, wilhelm lindl, kurt ehrenberger, josef fritsch und anton kriegler.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

#### Personaldebatte

=====

Wien, 12.12. (RK) Die Teilzeitbeschäftigung für Frauen stand Dienstag vormittag im Mittelpunkt der Personaldebatte. Die Redner der beiden Oppositionsparteien und der Redner der ÖVP übten daran Kritik, daß die Stadtverwaltung der Teilzeitbeschäftigung für Frauen bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe.

GR. Joachim Müller (DFP) zitierte eine von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebene IFES-Untersuchung, nach der 50 Prozent aller nicht berufstätigen Frauen gerne arbeiteten, wenn für die Kinder gesorgt wäre. Er appellierte an die Stadtverwaltung, besonders in den Spitälern mehr Betriebskindergärten vorzusehen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) vertrat die Ansicht, daß vor allem bei den Kindergärtnerinnen der Arbeitskräftemangel durch forcierte Teilzeitbeschäftigung und die Schaffung von Halbtagsgruppen in den Kindergärten gemildert werden könne. Er zitierte ebenfalls die IFES-Untersuchung, nach der 67 Prozent aller befragten Frauen gern eine Teilzeitbeschäftigung annähmen, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten. Er legte einen Antrag vor, im Bereich der Stadtverwaltung, vor allem aber in den Kindertagesheimen, mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen.

GR. Zemann (SPÖ) betonte die Wichtigkeit der Verwaltung als Fundament eines funktionierenden Gemeinschaftslebens. Die Anfangsgehälter der Gemeindebeamten beweisen, daß der Dienst bei der Stadt Wien nicht schlecht bezahlt sei.

GR. Arthold (ÖVP) vertrat die Ansicht, daß die Wiener Stadtverwaltung bisher deswegen zu wenig für die Frauen-Halbtagsbeschäftigung getan habe, weil die sozialdemokratischen Frauen dabei eine Gefahr für die Emanzipation sähen. Er habe den Eindruck, daß selbst die Ergebnisse jener Untersuchungen, die von der Stadtverwaltung selbst durchgeführt wurden, nicht berücksichtigt worden seien. Weitere Schwerpunkte seiner Kritik: erfolglose Personalwerbung, Bürolehrlingsausbildung und elektronische Datenverarbeitung. Arthold forderte Bock auf, den angeblich existierenden Entwurf eines Wiener Datenschutzgesetzes in Kürze vorzulegen.

GR. Wiesinger (SPÖ) meldete Zweifel an, ob der Debattenbeitrag seines Vorredners mit einer fairen Zusammenarbeit in Einklang zu bringen sei. Zu allen Sachfragen habe er negativ Stellung genommen. Der einzig positive Satz sei die Versicherung gewesen, daß die ÖVP den Ansätzen zustimmen würde. Die Personalpolitik dürfe kein Experimentierfeld sein. Erreichtes müsse ausgebaut werden.

In seinem Schlußwort gab Vizebürgermeister Bock die Versicherung ab, daß die Stadtverwaltung sehr wohl der Teilzeitbeschäftigung von Frauen großes Augenmerk schenke. Derzeit seien Überlegungen im Gange, das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zu vergrößern. Immerhin arbeiteten bereits heuer 2.700 Personen als Teilzeitbeschäftigte. Man müsse bei allen Überlegungen immer wieder in Rechnung stellen, daß Wien prozentuell die meisten beschäftigten Frauen aller europäischen Großstädte habe und daher das Reservoir relativ gering sei. Außerdem entspreche die Aussage verschiedener Untersuchungen nicht ganz der Realität. Gerade bei den Frauen selbst sei vielfach die Ablehnung von Kindergärten in der Nähe des Arbeitsplatzes sehr stark. Der größere Teil der Frauen habe lieber einen Kindergartenplatz in der Nähe der Wohnung.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wird einstimmig zugewiesen.

./.

Kulturdebatte

Altstadterhaltung und Naturschutz bestimmten als zentrale Problemkreise den Inhalt der meisten Debattenbeiträge. Grundsätzlich wurde eine Erhöhung der Mittel für beide Anliegen gefordert. Die FPÖ brachte sogar einen Antrag auf Verdoppelung der Naturschutzmittel von 500.000 auf eine Million Schilling ein.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisierte die niedrige Dotierung der Verwaltungsgruppe III ebenso wie den Umstand, daß noch immer keine Schutzzonen beschlossen worden seien. Außerdem forderte er den Nulltarif für Museen und Büchereien.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) wollte seine Kritik an den Ansätzen "als Stütze für die Stadträtin und ihre Beamten" verstanden wissen. Die niedrige Dotierung der Bereiche Denkmal-, Stadt- und Ortsbildpflege beschwöre die Umfunktionierung Wiens in ein "Groß-St. Pölten". Im übrigen wandte sich der Redner gegen die integrierte Gesamtschule und bezeichnete die pädagogische Ausbildung der Lehrer als unzureichend.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) spendete dem Archiv und der Stadtbibliothek großes Lob, warf aber der Subventionspolitik der öffentlichen Hand vor, sie empfinde "Scheu vor dem großen Wurf". Besonders nachdrücklich unterstützte der Redner jene Sätze aus der Rede von Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, in denen die Referentin eine Stärkung des Wien-Bewußtseins gefordert hatte.

In einer breitangelegten Grundsatzrede erklärte GR. Dr. Müller (SPÖ), Sinn jeder Kulturpolitik sei es, dem Erosionsprozeß der Humanität Einhalt zu gebieten. Die Volksbildung habe in den letzten Jahrzehnten den Schritt in die Realität getan und handle nach der Maxime, daß Wissensvermittlung allein nicht alles sei.

Ausgaben auf dem Sektor der Altstadterhaltung seien gut angelegtes geistiges Kapital und gewissermaßen "kultureller Hochwasserschutz" gegen die Flut der Trostlosigkeit, die man in den 08/15-Städten in aller Welt studieren könne.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) sprach sich wie Prof. Wolfram gegen die integrierte Gesamtschule aus. Außerdem kritisierte er das Hochwasserschutzprojekt in der Richtung, daß eine permanente Stabilisierung des Grundwasserspiegels die Selbstreinigung der Alten Donau bedrohen und das Algenwachstum unerträglich steigern würde.

Zur Altstadterhaltung erklärte Zörner, das Gießkannensystem sei nicht zielführend. Als Beispiel nannte er den Spittelberg, wo sich die Gemeinde für die Schaffung von Projektträgern einsetzen solle.

GR. Ascherl (SPÖ) würdigte die planerische Vorsorge im Schulbau, durch die trotz ständig steigender Schülerzahlen in Wien (1963: 75.000, 1972: 112.000, Prognose 1975: 117.000) der Wechselunterricht und Wanderklassen vermieden werden konnten. Darüber hinaus werde die Schule immer mehr zum kulturellen Mittelpunkt - auch außerhalb der Schulzeit. Ascherl würdigte die freiwillige Mithilfe der Wiener Lehrerschaft bei den Schulversuchen (500 Lehrer an 230 Wiener Schulen) und die Verdienste des Verlages Jugend und Volk bei der Gestaltung zeitgemäßer Schulbücher.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) kritisierte den Standort der im Bau befindlichen Landesjugendherberge in Mauer. Es sei erwiesen, daß die jungen Ausländer bei Besuchen in Wien in erster Linie "die Stadt" in ihrem historisch-urbanen Sinn suchten, also jenen Kern, der standortmäßig weit von einer Jugendherberge entfernt sei. Bittner würdigte ausdrücklich die gute Arbeit des Kulturausschusses und die Informationsbereitschaft aller Beamten der Geschäftsgruppe.

In ihrem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, das Kulturbudget Wiens könne jeden Vergleich mit anderen Städten oder Körperschaften aushalten. Sie wehre sich nachdrücklich gegen den Vorwurf der Konzeptlosigkeit, und sie sei auch nicht für den Nulltarif in den Museen. Es sollten allerdings nur Eintrittspreise verlangt werden, die sich jeder leisten könne. Dafür solle für kulturelle Einrichtungen in Zukunft mehr Werbung betrieben werden.

Zu den Beiträgen zur integrierten Gesamtschule erwiderte die Rednerin, hier sei ganz und gar nicht an Gleichmacherei gedacht, sondern vielmehr an verstärkte Bemühungen um das Kind.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.  
Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Naturschutzmittel wurde abgelehnt.